

Antrag

der Abgeordneten Michael Stübgen, Gunther Krichbaum, Thomas Bareiß, Veronika Bellmann, Carl-Eduard von Bismarck, Klaus Brähmig, Marie-Luise Dött, Ingrid Fischbach, Ralf Göbel, Ute Granold, Michael Grosse-Brömer, Gerda Hasselfeldt, Ursula Heinen, Michael Hennrich, Franz-Josef Holzenkamp, Andreas Jung (Konstanz), Hartmut Koschyk, Michael Kretschmer, Eduard Lintner, Henry Nitzsche, Franz Obermeier, Henning Otte, Dr. Norbert Röttgen, Anita Schäfer (Saalstadt), Ingo Schmitt (Berlin), Dr. Andreas Schockenhoff, Thomas Silberhorn, Lena Strothmann, Hans Peter Thul, Matthias Wissmann, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Axel Schäfer (Bochum), Dr. Lale Akgün, Doris Barnett, Kurt Bodewig, Hans Eichel, Rainer Fornahl, Gerd Höfer, Lothar Ibrügger, Josip Juratovic, Hans-Ulrich Klose, Lothar Mark, Markus Meckel, Andrea Nahles, Joachim Poß, Steffen Reiche (Cottbus), Gerold Reichenbach, Christel Riemann-Hanewinckel, Michael Roth (Heringen), Olaf Scholz, Ottmar Schreiner, Dr. Angelica Schwall-Düren, Dr. Martin Schwanholz, Hans-Jürgen Uhl, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Wolfgang Wodarg, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Die deutsche Präsidentschaft der Europäischen Union zum Erfolg führen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 1. Januar 2007 wird Deutschland die Präsidentschaft der Europäischen Union übernehmen. Erstmals werden zudem drei Mitgliedstaaten der EU, deren Präsidentschaften aufeinander folgen (Deutschland, Portugal und Slowenien) eine 18-monatige Teampräsidentschaft mit einem gemeinsamen Programm antreten. Darüber hinaus übernimmt Deutschland zu Beginn des Jahres 2007 den Vorsitz der G8. Damit erhält Deutschland eine große Verantwortung für die Fortführung des europäischen Einigungswerks und die Gestaltung der globalen Ordnung.

Deutschland übernimmt die Ratspräsidentschaft in einer für die EU schwierigen Phase. Vor dem Hintergrund der Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags durch Referenden in Frankreich und den Niederlanden und der jüngsten Erweiterung der Europäischen Union, ist die Sicherung der künftigen Handlungsfähigkeit der EU zu einer zentralen Aufgabe für den deutschen Ratsvorsitz geworden. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung den deutschen Ratsvorsitz zur Verbesserung der öffentlichen Zustimmung zu Europa nutzen will.

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben dem Europäischen Verfassungsvertrag mit breiter Mehrheit zugestimmt. Mit Rumänien und Bulgarien, die am 1. Januar 2007 der EU beitreten werden, haben insgesamt 18 Staaten der EU den Verfassungsvertrag ratifiziert. Für den Deutschen Bundestag ist der Verfassungsvertrag weiterhin eine hervorragende Grundlage, um Handlungsfähigkeit, Transparenz und Demokratie in der EU zu sichern und weiter zu stärken. Der Deutsche Bundestag unterstützt daher die Bundesregierung nachdrücklich in ihren Bemühungen, den Verfassungsprozess neu zu beleben.

Europa wird eine aktive Rolle in der Gestaltung des Globalisierungsprozesses nur dann wahrnehmen können, wenn es politische Handlungsfähigkeit mit wirtschaftlicher Stärke und sozialer Verantwortung vereint. Es kommt darauf an, die konstitutiven Pfeiler des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells zu stärken und so zu modernisieren, dass sie helfen, die Chancen der Globalisierung im Interesse Europas – auch durch lebenslanges Lernen – besser nutzen und die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs meistern zu können. Dem weiteren Ausbau des europäischen Binnenmarktes, sowie der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen durch bessere Rechtsetzung auf EU-Ebene, durch die Stärkung europäischer Unternehmen im weltweiten Wettbewerb und die Förderung von Innovation und Forschung kommt daher eine große Bedeutung zu. Richtschnur bleibt die Lissabon-Strategie mit dem Ziel, Europa zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen zu machen.

Europa ist mehr als wirtschaftliche Effizienz und Marktwirtschaft: Es hat eine soziale Dimension, die für viele Menschen am Beitrag der EU zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Durchsetzung der Chancengleichheit am Arbeitsplatz erkennbar wird. Sozial-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ergänzen einander ebenso wie Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung während ihrer Ratspräsidentschaft durch die noch engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten das Engagement der EU für das soziale Europa deutlich machen will.

Eine sichere, zugleich wettbewerbsfähige und umweltverträgliche Energieversorgung ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der EU. Ebenso entscheidend wird sein, eine gemeinsame Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels zu finden. Der Deutsche Bundestag sieht in der Energiepolitik daher einen weiteren Schwerpunkt für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und begrüßt, dass die Bundesregierung dieses Thema auf dem Europäischen Rat im Frühjahr 2007 prominent behandeln und einen EU-Aktionsplan Energie verabschieden möchte. In diesem Zusammenhang steht auch das europäische Engagement für den Klimaschutz und die Notwendigkeit, eine europäische Position für die Zeit nach Ablauf des Kyoto-Protokolls zu erarbeiten.

Im Zeitalter der Globalisierung wird Europas Zukunft zunehmend von einer engagierten Wahrnehmung seiner Rolle in der Welt abhängen. Krisen oder Kriege in anderen Regionen der Welt betreffen die EU heute unmittelbar, ebenso werden ihre Interessen und Sicherheit von Entwicklungen in anderen Weltgegenden beeinflusst. Der Deutsche Bundestag sieht in der Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (ESVP) ein wichtiges Element bei der Fortentwicklung der EU zu einem international handlungsfähigen Akteur. Die EU muss auch ihre Fähigkeiten der zivilen wie militärischen Krisenprävention und des Krisenmanagements weiter ausbauen und besser aufeinander abstimmen. Als wichtigster Geber weltweit, kann die EU ihren Beitrag zur Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Entwicklung insbesondere durch mehr Kohärenz ihrer Entwicklungspolitik verbessern.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik ist für die erweiterte EU von zentraler Bedeutung. Sie sollte die Ausgestaltung enger Partnerschaften mit den Ländern in unmittelbarer Nachbarschaft der EU durch attraktive und umfassende Angebote der Zusammenarbeit ermöglichen. Damit kann sie zu mehr Stabilität, Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung im Umfeld der EU entscheidend beitragen. Der Deutsche Bundestag sieht deshalb in der Fortentwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik eine Priorität des deutschen EU-Vorsitzes und begrüßt, dass die Bundesregierung hierzu die Initiative ergreifen will.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass der 50. Jahrestag der Römischen Verträge mit einem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs am 25. März 2007 in Berlin gewürdigt werden soll. Das wiedervereinigte Berlin symbolisiert wie keine andere Hauptstadt der EU die Wiedervereinigung des europäischen Kontinents und ist damit der geeignete Ort, Vergangenheit und Zukunft Europas zu verbinden. Der 50. Jahrestag der Römischen Verträge, mit denen 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) ins Leben gerufen wurden, bietet deshalb eine gute Chance, in einer feierlichen Erklärung, die historisch beispiellose Erfolgsgeschichte der europäischen Integration zu würdigen, sich der gemeinsamen Wertegrundlagen zu vergewissern und der EU neue Impulse und Orientierungen für die Zukunft zu geben.

Die Erwartungshaltung unserer Partner in der EU gegenüber Deutschland ist außerordentlich hoch. Deutschland kann diesen Erwartungen nur dann gerecht werden, wenn alle Partner in der EU sich in ihrem wohlverstandenen Interesse für den Erfolg der deutschen Präsidentschaft einsetzen. Nur gemeinsam werden die Mitgliedstaaten die Handlungsfähigkeit und damit die Zukunftsfähigkeit der EU sichern können.

Der Deutsche Bundestag wird die deutsche EU-Ratspräsidentschaft aktiv und gestaltend begleiten. Er sieht in der dynamischen Fortentwicklung der europäischen Integration eine zentrale Aufgabe deutscher Politik und wird – auch durch seine engen Kontakte mit anderen nationalen Parlamenten in der EU – seinen Beitrag zum Erfolg der deutschen EU-Ratspräsidentschaft leisten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich eng mit Portugal und Slowenien im Rahmen der Umsetzung des 18-Monats-Programms abzustimmen und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für mehr Kohärenz und Kontinuität bei der Themensetzung und den Planungen der Ratspräsidentschaften zu nutzen,
- den Verfassungsprozess in der EU intensiviert fortzuführen mit dem Ziel, am Ende der Präsidentschaft Wege aufzuzeigen, wie der Reformprozess in der EU mit Erfolg abgeschlossen werden soll,
- neue Wachstumskräfte in der EU durch einen funktionsfähigen Binnenmarkt, bessere Rechtsetzung, Stärkung europäischer Unternehmen im weltweiten Wettbewerb und Förderung von Innovation und Forschung freizusetzen,
- zu einem erfolgreichen Start des 7. Forschungsrahmenprogramms beizutragen und den Ausbau des Europäischen Forschungsraums voranzutreiben,
- sich für die Verabschiedung eines ambitionierten Aktionsplans Energie und die Verwirklichung des Binnenmarktes für Gas und Strom einzusetzen, um damit für die EU eine langfristige Energiesicherheit zu erreichen,
- das europäische Engagement für den Klimaschutz zu stärken und auf die Erarbeitung einer europäischen Position für die Zeit nach Ablauf des Kyoto-Protokolls hinzuwirken,

- durch die noch engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten das Engagement der EU für das soziale Europa deutlich zu machen,
- die Rolle der EU in der Welt, insbesondere durch die Weiterentwicklung der GASP und ESVP auf der Basis der Europäischen Sicherheitsstrategie, zu stärken, und über eine kohärente, transparente und effiziente europäische Entwicklungszusammenarbeit zu nachhaltigem Wachstum in den Entwicklungsländern und zur Armutsbekämpfung im Sinne der UN-Millenniumsziele beizutragen,
- sich für eine Neubelebung der WTO-Doha-Entwicklungsrunde und für entwicklungsorientierte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten einzusetzen,
- die Europäische Nachbarschaftspolitik fortzuentwickeln, um mit Partnerländern in der unmittelbaren Nachbarschaft der erweiterten EU maßgeschneiderte Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, die zu Stabilität und Entwicklung im Umfeld der EU beitragen, dies sollte auch eine EU-Schwarzmeerpoltik als regionale Nachbarschaftspolitik und eine Strategie gegenüber Zentralasien einschließen,
- die transatlantischen Beziehungen – auch im Rahmen der G8-Präsidentschaft – zu vertiefen, um die gemeinsame wirtschaftliche Initiative mit den Schwerpunkten Innovation und Technologie, Handel und Sicherheit, Kapitalmärkte, Energie und Schutz des geistigen Eigentums voranzubringen und sich bei der Lösung regionaler Krisen und globaler Fragen noch enger abzustimmen,
- zu einer Überwindung der Hindernisse auf dem Wege zu Verhandlungen mit Russland über ein neues Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit beizutragen,
- das Treffen der Staats- und Regierungschefs anlässlich der 50-Jahr-Feier der Römischen Verträge in Berlin zu nutzen, um mit einer gemeinsamen Erklärung der europäischen Integration einen neuen Impuls zu geben, den Zusammenhalt der EU zu festigen und die öffentliche Zustimmung zu Europa zu steigern,
- den Deutschen Bundestag intensiv in die deutsche Ratspräsidentschaft einzubinden.

Berlin, den 13. Dezember 2006

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion**